

**Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): Wer trägt die Kosten für den externen Anwalt der Stadt in Sachen Stadtnomaden?**

Wie aus den Medien Anfangs Mai zu entnehmen war, hat der zuständige Statthalter den Stadtnomaden die Bewilligung erteilt, bis auf Ende 2014 die Stationierung von Bauwagen und die Herrichtung von temporären Infrastrukturanschlüssen auf einem Terrain an der Neubrückstrasse in der Gemeinde Bern bewilligt. Die beantragten Ausnahmen wurden ebenfalls erteilt.

Dem Gemeinderat werden in diesem Zusammenhang folgende Fragen gestellt

- 1.1 Wie stellt sich der Gemeinderat zur Tatsache, dass die Einsprecher, jedenfalls gemäss Berichterstattung in den Medien – nicht vorgängig über den Entscheid informiert wurden und dies aus der Presse entnehmen mussten?
- 1.2 Erfuhr die Gemeinde schon vor der Presse von diesem Entscheid?
- 2.1 Liegt es im Interesse der Allgemeinheit, resp. der Steuerzahler dass die Stadt die Anwaltskosten für die Stadtnomaden übernimmt?
- 2.2 Wie viel hat der externe anwaltliche Beizug bereits gekostet?
- 2.3 Angesichts des angekündigten Weiterzuges des Entscheides seitens einiger betroffener Parteien ist mit weiteren Anwaltskosten für die Stadt zu rechnen. Wie viel ist für die Kosten des eigenen Anwaltes eingeplant? Im Rechtsmittelstadium bis Bundesgericht?
- 2.4 Mit was für Kosten für die Anwälte der Gegenpartei rechnet die Stadt für den Fall, dass sie in einem späteren Stadium des Verfahrens (z.B. vor dem Verwaltungsgericht des Kantons Bern) unterliegt? Insbesondere wenn mehrere Parteianwälte der Gegenpartei zu entschädigen sind? Was für Rückstellungen will der Gemeinderat dafür machen?
- 2.5 Teilt der Gemeinderat die Ansicht nicht, dass aufgrund des klar negativen Volksentscheides zu solchen Wohnzonen ein solcher Aufwand/Kosten nicht angemessen ist, insbesondere zumal infolge der Rechtsmittel kaum vor 2014 in dieser Sache ein Entscheid ergehen wird, die Rechtsmittel aufschiebende Wirkung wohl behalten und die Prozessaussichten für die Stadt äusserst unsicher sind?
3. Angesichts der grossen Sparmassnahmen in diversen Bereichen, beispielsweise Bibliotheken, Weihnachtsgelder etc., erscheint dieser grosse finanzielle Aufwand für Einzelinteressen völlig unverhältnismässig. Wie stellt sich der Gemeinderat zu diesem Vorwurf?

Bern, 24. Mai 2012

Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): Mario Imhof, Roland Jakob, Jacqueline Gafner Wasem, Ueli Jaisli